

## Keine Ruhe an den Universitäten

### Sowjetzonen-Studenten schützen ihre gemäßregelten Professoren

Während aus Leningrad Nachrichten über eine Revolte sowjetischer Studenten kommen (vgl. Seite 3), ist auch in der Sowjetzone der Kampf an den Universitäten und wissenschaftlichen Instituten wieder aufgeflammt. An der Technischen Hochschule für Chemie in Halle-Merseburg wurden vier Studenten als „Rädelführer einer Petöfi-Gruppe“ vom SSD verhaftet. In Jena kam es zu Vorlesungs-Verweigerungen und in Leipzig hagelt es Parteistrafen und Relegierungen. Die Ausfälle Ulbrichts und Honeckers gegen die wissenschaftliche Intelligenz — auf der vergangenen 30. ZK-Tagung der SED — haben Unruhe und Verbitterung an die Hochschulen und Forschungsstätten getragen. Und diesmal ist es mehr als ein impulsives Aufbegehren gegen die Parteidiktatur.

Man darf nicht vergessen, daß die Mehrzahl der gemäßregelten Professoren und Wissenschaftler der SED angehört und ihre eigene Haltung aus den Ereignissen in Polen und Ungarn abgeleitet hat.

Leute wie Prof. Behrends und Professor Bloch, die gestern noch von der SED als führende Kapazitäten gefeiert wurden, entwickeln plötzlich vor den Studenten völlig logische und begründete eigene Theorien. Zum ersten Male gestatten sie den Studenten Einblicke in das ihnen bisher vorenthaltene echte Studienmaterial. Wer es erleben konnte, wie bereits die Veröffentlichung des ersten Statistischen Jahrbuches an den Universitäten ganze Studiengruppen in Bewegung setzte, wie man plötzlich anhand halbwegs konkreter Zahlen nachzurechnen begann, was vorher nur abstrakte Theorie bleiben mußte — der weiß um den viel zu lange eingedämmten Wissensdrang der jungen Zonen-Intelligenz.

### SED verschweigt Auseinandersetzungen

Dabei hat es die SED bis zum heutigen Tage verstanden, den wahren Umfang dieser Auseinandersetzungen zu verschweigen. Die Studenten von Leipzig erfahren nur per Zu-

fall, was gleichzeitig an den Universitäten in Jena und Rostock geschieht. Die erregten Auseinandersetzungen in den Bezirken kommen gar nicht erst bis in die Hauptstadt. Nur tropfenweise wagen SED und FDJ zu den Vorfällen Stellung zu nehmen.

Aus der Redaktion des „SONNTAG“ wurde der SED-Funktionär Zwerenz zwangsentfernt, weil er den Leipziger Studenten geheimes Informationsmaterial überließ. Die Frau des Professors Bloch wurde aus der Partei ausgeschlossen. Der Kulturbundfunktionär Herzfelde wurde gemäßregelt, weil er öffentlich erklärte, Chruschtschow wechselse seine Ansichten über Stalin vermutlich öfter als sein Hemd. In Greifswald haben die Medizinstudenten eigene Vorträge arrangiert unter dem Thema: „Was zeigt uns das Beispiel Jugoslawiens und Polens?“ Professor Bloch unterzeichnete eine Resolution von mehr als 200 Leipziger Studenten, in der die Abschaffung des Zwangsunterrichtes in Marxismus-Leninismus gefordert wird. Bloch selbst bezeichnete diese Studien als „Schmalspur-Marxismus, mit dem man höchstens geistig minderbemittelte Partei-

sekretäre, aber keine Wissenschaftler züchten kann“.

### Gegen den Dogmatismus

Zusammen mit Zwerenz hat der Schriftsteller Loest den Kampf gegen den Dogmatismus aufzunehmen versucht. Beide haben in Vorträgen vor Berliner Studenten die Ulbrichtschen Theorien über die „Verelendung Westdeutschlands und den Aufbau des Sozialismus in einem Teile Deutschlands“ in Zweifel gezogen und dies durch konkrete Zahlen widerlegt. Die Politökonomie-Studenten an der Humboldt-Universität haben durchgesetzt, daß für das wieder aufgenommenen Studium der klassischen Werke Lenins die Originalausgaben von 1923 bis 1927 verwendet werden dürfen, entgegen der Weisung des SED-Zentralkomitees.

Das ist ein minimaler Streifblick über die Situation an den Universitäten. Die SED selbst hatte, in völliger Verkenning ihrer geistigen Situation, zum „wissenschaftlichen Meinungsstreit“ aufgefordert. Nun hat sie ihn, wenn auch weitaus realer, als, erwartet. Wenn Leipziger Kunststudenten heute offen die „führende Rolle der Partei“ negieren und die Abschaffung der „DDR.“ zugunsten der Schaffung eines echten „Sozialstaates“ fordern, wenn einzelne Studenten und Professoren offen das Visum nach Polen, Ungarn und Jugoslawien beantragen, um die Verhältnisse an Ort und Stelle zu betrachten, dann hat die SED hier auch mit Zwangsmaßnahmen und Verhaftungen kein Süppchen mehr auf dem Herd. Eines aber darf nicht vergessen werden: Die heute revoltieren, sind die Fachleute für die SED-Pläne von morgen! Ohne sie gehen die Wirtschaftspläne nicht weiter, die SED hat keine „zweite“ Intelligenz...

## Moskau und die Bundeswahl

WG. Auf die Frage, was er von den Reden Ollenhauers in den USA halte, erklärte der Bundeskanzler am Freitag, er wolle hierüber jede Meinungsäußerung und Kritik vermeiden, bis Ollenhauer wieder zurückgekehrt sei. Das ist guter Takt. Wir brauchen ihn nicht zu loben, weil er auf amtlicher Ebene selbstverständlich ist. Guten Takt hat bisher auch Erich Ollenhauer auf seiner Reise gezeigt. Hier ist ein Lob schon eher angebracht, weil es auch deutsche Politiker gegeben hat, die auf ihrer Auslandsreise munter gegen die eigene Regierung „vom Leder zogen“. Das war immer ein Verstoß gegen den nationalen und auch gegen den internationalen Takt. Er ist sehr schwer, auch wenn er in dem für das private Leben so erschöpfenden „Buch der Etikette“ von Erica Pappritz, dem Stellvertretenden Chef des Protokolls, das anscheinend die Gemüter in Bonn bewegt und zu höherer gesellschaftlicher Vollkommenheit erhebt, nicht ausdrücklich vermerkt ist.

Ollenhauer jedenfalls hat den üblen Streit zwischen Opposition und Regierung nicht vor der amerikanischen Öffentlichkeit ausgebreitet, sondern sich auf die unpolemische Darstellung der sozialdemokratischen Auffassungen beschränkt. Das war nicht nur taktvoll, sondern auch klug. Eine andere Haltung nämlich hätte den eigentlichen Sinn seiner Reise wahrscheinlich entwertet und entstellt.

### Die „höhere Verantwortung“

Über den Sinn dieser Reise hat sich der sozialdemokratische „Vorwärts“ in seiner letzten Ausgabe offen geäußert. Das Blatt meint, bisher habe bei vielen maßgebenden Politikern und Diplomaten der USA der falsche Eindruck vorgeherrsch, „daß Freiheit, Demokratie und Sicherheit in der Bundesrepublik mit Adenauer stehen und fallen“. Hier wäre es nun gut, wenn die SPD diese übertrieben formulierte amerikanische Vorstellung, die der „Vorwärts“ falsch und gefährlich nennt, nicht nur registrieren, sondern

einmal auch auf ihren Ursprung untersuchen würde. Sie müßte dann feststellen, daß jene Vorstellung in dem schlechten Eindruck wurzelt, den das Mißverhältnis zwischen dem feindseligen Charakter der sozialdemokratischen Opposition und der tatsächlichen Leistung des Bundeskanzlers in weiten Teilen des Auslandes hinterlassen hat. Wir sehen einmal ganz davon ab, daß das, was die SPD den Grundlinien seiner Politik entgegenzusetzen hatte, vage und verschwommen und je nach der taktischen Situation auch schwankend erscheinen mußte.

Die SPD legte also Wert darauf, gewisse Besorgnisse zu zerstreuen, die an den von ihr erstrebten Regierungswechsel geknüpft werden könnten. Von dem Führer des sozialdemokratischen Schattenkabinetts sollte der Eindruck vermittelt werden: „Wenn er zu höherer politischer Verantwortung berufen werden sollte, so könnte man sich auf sein Wort, seine redlichen Absichten und vor allem seine absolute Loyalität verlassen.“ Das Blatt glaubt auch, daß der Erfolg diesem Zweck der Reise entspreche: „Die Amerikaner haben, nachdem sie Ollenhauer, den Oppositionsführer, persönlich kennenzulernen Gelegenheit hatten, den Eindruck gewonnen: Das ist ein loyaler, ein kluger Mann, der Abenteuern abgeneigt ist und mit dem Amerika und die übrige Welt zusammenarbeiten können. Alles andere ist Sache der deutschen Wähler.“

### Zwischen Wort und Tat

Natürlich ist nichts dagegen einzuwenden, sondern es ist nur zu begrüßen, wenn das beschädigte Ansehen der deutschen Opposition und mit ihm dann die deutsche Politik auch im ganzen eine gewisse Aufwertung im Ausland erfahren. Es ist immer gut, wenn das Vertrauen, auf das ein Land in seinen internationalen Beziehungen angewiesen ist, allen Faktoren seiner Politik entgegengebracht wird. Aber der Vertrauensschwund, dem sich die SPD hinsichtlich der Haltung einer von ihr geführten Regierung bisher ausgesetzt sah, wäre kaum eingetreten, wenn sie in den vergangenen Jahren stets so gesprochen hätte, wie jetzt Ollenhauer in den USA.

Auch uns Deutschen selbst wäre mancher vergiftende Streit erspart geblieben. Nur noch die Übereinstimmung von Wort und Tat würde dann fehlen, um wenigstens in den entscheidenden Grundlinien zu einer gemeinsamen Außenpolitik zu gelangen und ihre Kontinuität auch für den Fall eines Regierungswechsels erkennbar zu machen. Es ist leider nicht anzunehmen, daß ausgerechnet der Wahlkampf, in den Ollenhauer nun aus den USA wieder zurückkehrt, solcher Übereinstimmung dienen wird. Was der sozialdemokratische Parteichef in seinen amerikanischen Tagen so hübsch zu glätten versuchte, das wird dann auf den Tribünen des Wahlkampfes in feindlicher Polemik von anderen wieder vergrößert, verzerrt und zerredet werden.

### Sowjetische Fußangeln

Das ist schade. Aber es ist dann, wie der „Vorwärts“ richtig bemerkt, Sache des deutschen Staatsbürgers, zwischen Regierung und Opposition zu wählen und über den weiteren Weg der deutschen Politik zu entscheiden. Das ist eine Entscheidung, die selbstverständlich ausländische Beimischungen nicht verträgt, weder westliche noch erst recht östliche. Sie werden zweifellos versucht werden und in Briefen, Noten und Gesten von Moskau kommen. Schon der in der Form so ungewöhnlich höfliche Brief Bulganins an Adenauer wurde so gedeutet, nur waren die Deutungen verschieden.

Man kann in dieser Hinsicht heute die Meinung hören, daß die Sowjets an einem Sturz Adenauers, dessen Sturz sie bisher betrieben haben, in den kommenden Wahlen interessiert wären, weil seine mit Recht so entschiedene Vertretung der Sicherheit und Freiheit Gesamtdeutschlands den Sowjets billige Vorwände zur Aufrechterhaltung des Status quo der Spaltung Deutschlands liefere. Andere wieder meinen, daß Moskau an einem Erfolg Ollenhauers gelegen sei, weil er die vom Kremel so heftig bekämpfte Wehrpflicht wieder abbauen wolle und auch sonst Auffassungen verträte, die den Sowjets entgegenkämen. Wir warnen auf das

(Fortsetzung auf Seite 7)

## Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen an folgende Adresse schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

## Falsche Berufung

DT. Von den Rechtsvertretern der nicht mehr bestehenden KPD liegt bei der Europäischen Kommission für Menschenrechte in Straßburg eine Beschwerde gegen das Verbot dieser Partei durch das Bundesverfassungsgericht vor. Auf einer Pressekonferenz in Ostberlin haben die stalinistischen Funktionäre Valm Girnus, Rechtsanwalt Kaul und Prof. Dr. Kroeger das in Erinnerung gebracht. Die Beschwerde richtete sich gegen die Bundesregierung, die das Verbot der KPD rechtswidrig betrieben habe, obwohl die Straßburger Konvention mit ihrer Ratifizierung durch die Bundesrepublik innerstaatliches Recht geworden sei.

Es bedarf keiner Betonung, daß es sich hier um eine Aktion handelt, die nicht im Namen des Rechts, sondern zum Zwecke der Propaganda erfolgt. Erstaunlich ist nur die Dreistigkeit derer, die sich auf die genannte Konvention im Dienste eines politischen Systems berufen, das die von ihr geschützten Rechte und Freihei-

## Sowjet-Studenten begehren auf

### Strafmaßnahmen an Moskauer Universität

Paris (AP). Die Unruhe unter den Intellektuellen und Studenten hinter dem Eisernen Vorhang greift in zunehmendem Maße auf die Sowjetunion über. Etwa hundert Studenten der Moskauer Universität sind wegen Kritik an der bestehenden Staatsordnung von der Universität gewiesen und zur Fabrikarbeit verpflichtet worden. Das gleiche Schicksal soll eine Anzahl von Studenten des Lenin-Instituts für Pädagogik ereilt haben. Dies geht aus einem Bericht diplomatischer Kreise hervor, der am Freitag in der französischen Hauptstadt vorlag.

Nach diesem Bericht ist die Mißbilligung des herrschenden Regimes — ausgelöst durch Studentenunruhen in Ungarn, Polen und in der Sowjetzone — an den sowjetischen Universitäten ständig im Wachsen. Es heißt, daß die junge sowjetische Generation der Gegenwart die zugleich kritischste und mutigste seit der Oktoberrevolution des Jahres 1917 sei.

So ist es zum Beispiel auf einer Versammlung von Studenten der Leningrader Universität bei einer Debatte über Stipendien jüngst zu einer regelrechten Demonstration gekommen, auf deren Höhepunkt die Studenten ein Bild des polnischen „Nationalkommunisten“

Gomulka als ihres geistigen Mentors ehrten.

Den Studenten des Lenin-Instituts in Moskau war nach dem Bericht der Diplomaten die Bildung einer politischen „Untergrundbewegung“ zur Last gelegt worden. Tatsächlich habe es einen Zusammenschluß von Studenten zu einem literarischen Diskussionsklub gegeben. Die literarische Kritik der Gruppe habe sich bald auch auf Werke des Stalin-Günstlings Schdanow erstreckt und zur Kritik am sowjetischen System geführt.

Die Relegationen an der Moskauer Universität sind nach Berichten von zuverlässiger Seite erfolgt, weil die Studenten Veröffentlichungen der britischen Rundfunkgesellschaft BBC an die Wände der Universität angeschlagen hätten. Bei einer literarischen Diskussion in der Moskauer Universität sollen andere Studenten die „bürokratische Degeneration“ des sowjetischen Systems angegriffen und eine größere öffentliche Kontrolle der Regierung gefordert haben. Gegenstand der Kritik sei auch die These des sowjetischen Regimes gewesen, daß die Unterdrückung von Kritik und die Informationskontrolle angesichts „der Gefahren einer Infektion durch bürgerliche Ideologie“ gerechtfertigt seien. Bei einer anderen Gelegenheit, berichteten die Diplomaten weiter, sei das Einparteiensystem verurteilt und die Ablösung des Obersten Sowjets durch eine Körperschaft gefordert worden, deren Mitglieder durch freie und geheime Wahlen ermittelt werden sollten.

ten weder grundsätzlich anerkannt, noch praktisch gewährleistet. Chruschtschow hat das in seiner berühmten Anklagerede gegen Stalin ausdrücklich eingestanden und eine Besserung gelobt, von der wir leider noch nicht viel gesehen haben.

Die stalinistischen Anwälte der KPD irren sich aber. Gerade weil die von ihnen in Anspruch genommene Konvention dem Schutze der Menschenrechte und der Grundfreiheiten dient, enthält sie zugleich die Bestimmung, daß sie nicht zugunsten derer angewandt werden soll, die auf die Beseitigung jener Rechte und Freiheiten hinarbeiten.

Im übrigen gibt es ein Zusatzprotokoll zu der Konvention, dessen Artikel 3 den Beteiligten die Verpflichtung auferlegt, „in angemessenen Zeitabständen freie und geheime Wahlen unter Bedingungen abzuhalten, welche die freie Äußerung der Meinung des Volkes bei der Wahl der gesetzgebenden Körperschaften gewährleisten“. Das

ist der entscheidende Punkt, an dem Pankow sich zu der Straßburger Konvention bekennen sollte. Alles andere regelt sich dann von selbst.

## Festnahmen vor West-Botschaften

### Neue Verfolgungswelle der Kadar-Regierung

Budapest (AP). Die kommunistische Kadar-Regierung hat mit der Verfolgung aller Ungarn begonnen, die in Budapest die diplomatischen Vertretungen westlicher Staaten aufsuchen, um sich dort Hilfe oder ein Visum für die Ausreise in den freien Westen zu erbitten.

Ungarische Polizei, verstärkt durch Geheimpolizisten, zog einen Kordon um die Gesandtschaften der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Österreichs und hielt sämtliche Personen an, die in den Gebäuden ein- und ausgingen. Selbst der österreichische Gesandte Walter Peinsipp wurde gezwungen, seine Papiere vorzuzeigen. Zahlreiche Ungarn, die der Polizei auf diese Weise ins Netz gingen, wurden auf Lastwagen weggeführt. Der österreichische Gesandte hat für Dienstag einen offiziellen Protest beim ungarischen Außenministerium gegen diese Verfolgungsmaßnahmen angekündigt.

Politische Beobachter in Budapest sehen den Grund für diese Verfolgungsmaßnahmen darin, daß die Kadar-Regierung befürchtet, das westliche Ausland könne durch die ungarischen Besucher in den west-

## Zwischenfall in Marienborn

Berlin (AP). Sowjetische Posten haben am Autobahn-Kontrollpunkt Marienborn sechs Angehörigen des Hamburger amerikanischen Konsulats die Weiterreise nach Westberlin verwehrt. Das Verbot wurde von einem sowjetischen Offizier mit der Begründung motiviert, die Pässe der Reisenden seien nicht in Ordnung. Ein Verbindungsoffizier der amerikanischen Armee protestierte sofort gegen die sowjetische Maßnahme.

Bereits vorige Woche Mittwoch haben die sowjetischen Grenzwachposten in Marienborn dem Korrespondenten einer amerikanischen Bilderagentur die Weiterreise nach Westberlin verweigert. Sie erklärten, sein Reisepaß enthalte keine Eintragung, die ihn als Angehörigen der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland identifiziere.

lichen Gesandtschaften mehr über die tatsächliche Situation in Ungarn erfahren, als die Regierung selbst veröffentlichten will. Dazu scheint eine nervöse Angst zu kommen, die antisowjetischen Kreise in Ungarn könnten durch die Gesandtschaften des Westens Unterstützung erhalten. Einer der von der Polizei kontrollierten Ungarn soll beim Verlassen eines Gesandtschaftsgebäudes gefragt worden sein, ob er „irgendwelche Waffen“ erhalten habe.

## Geheimkonferenz in London

### WEU berät über Verteidigungsfragen

Bonn (Eigenmeldung). In London begann eine mehrtägige Geheimkonferenz des Ministerates der Westeuropäischen Union (WEU), bei der vor allem über den geplanten Abzug von 30 000 britischen Soldaten aus der Bundesrepublik beraten werden soll. Entschlüsse werden von dieser Konferenz nicht erwartet; die Entscheidung wird wahrscheinlich erst in der nächsten Sitzung des NATO-Ministerates fallen, die Anfang Mai in Bonn stattfinden soll.

Die NATO hat in diesen Tagen in einem Gutachten Bedenken gegen die britischen Pläne geäußert. Die Bundesrepublik wird auf der Londoner WEU-Tagung von Außenminister von Brentano vertreten. Die übrigen Teilnehmerstaaten sind: Großbritannien, Frankreich, Holland, Belgien und Luxemburg.

Obwohl die Bundesrepublik, deren militärischer Schutz zum Teil auf der Anwesenheit der britischen Truppen beruht, von dem Abzug der britischen Truppeneinheiten besonders betroffen ist, will die Bundesregierung bei den Verhandlungen in London nicht die Gruppe der Staaten anführen, die der

## Rentenreform tritt in Kraft

Bonn (AP). Die beiden Rentenreformgesetze wurden jetzt im „Bundesgesetzblatt“ verkündet und treten damit in Kraft. Sie sind von Bundespräsident Heuss unterzeichnet worden. Das Berliner Abgeordnetenhaus hat, wie gemeldet, die Übernahme der Rentenreformgesetze bereits in der vergangenen Woche beschlossen.

Für die über sechs Millionen Rentner der Arbeiterrente und der Angestelltenversicherung werden die Renten rückwirkend vom 1. Januar 1957 an heraufgesetzt.

Die Beitragserhöhungen von 11 auf 14% treten am 1. März in Kraft. Damit gekoppelt ist eine Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 3 auf 2%.

britischen Regierung bei ihren Plänen widersprechen. Man sieht in Bonn ein, daß die Absicht der britischen Regierung, die Rüstung auf Atomwaffen umzustellen, im Prinzip richtig ist, und bringt Verständnis dafür auf, daß es auch im gesamteuropäischen Interesse liegen kann, wenn England sich zu einer großen Atommacht entwickelt. Voraussichtlich wird die Bundesregierung aber den Standpunkt der militärischen Befehlshaber der NATO unterstützen, daß der Abbau der britischen Heereseinheiten erst dann erfolgen sollte, wenn eine Umstellung auf Atomwaffen in Großbritannien erfolgt ist.

Der zweite Punkt, der in Bonn und in anderen europäischen Hauptstädten Anstoß erregt hat, ist die Absicht Englands, auch gewisse Luftwafeneinheiten aus der Bundesrepublik abzuziehen. Nach Ansicht militärischer Fachleute in Bonn wird die Verteidigungskraft der britischen Truppen in Westdeutschland dadurch übermäßig geschwächt. Man sieht es auch nicht als einen vollen Ausgleich an, daß die britische Regierung eine strategische Luftflotte auf der Insel zur Verfügung halten will.

So sind sie wirklich:

## „Wir sind doch kein Kleingärtner-Verein!“

Im Frühjahr 1953 kam eine Delegation thüringischer Bauern nach Erfurt, um dort beim Bezirkstag den Widersinn verschiedener überstürzter Kollektivierungsmaßnahmen zu erklären. Empfangen wurden sie von einem vierschrotigen SED-Funktionär, der ihnen mit wieherndem Baß erklärte: „Ihr seid ja ulkig! Wir sind doch hier kein Kleingärtner-Verein! Wer glaubt ihr, noch im Atomzeitalter auf eurer Klitsche zu sitzen?“

Ein Jahr später ging in etlichen thüringischen Kreisen die Agrarproduktion bis auf 60 Prozent des vorherigen Standes zurück. Die neuen LPG waren ein Reinfall. Hunderttausende wurden an der falschen Stelle investiert. Aber zu diesem Zeitpunkt saß der Vierschrotige längst in Ostberlin. Im SED-Zentralkomitee, als „Sekretär für Landwirtschaft“.

### „Die einzigen Ochsen ...“

Dieser Erich Mückenberger wurde am 8. 6. 1910 in Chemnitz als Sohn eines Metallrehers geboren. Er wurde Schlosser und trat mit 14 Jahren der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) bei. 1927 ging er zur SPD. Als 18jähriger entsagte er seinem Beruf, um Funktionär zu werden. Im „Reichsbanner“ war er als Jugendleiter des Gaues Chemnitz/Erzgebirge tätig, bis er sich 1933 einer mit Prag in Verbindung stehenden Widerstandsgruppe anschloß. 1935 wurde er beim Grenzübertritt aus der CSR verhaftet, jedoch bereits ein Jahr später aus dem KZ Sachsenhausen entlassen. Die Nazis hofften, durch die Beobachtung Mückenbergers den Kurierapparat der nach Prag emigrierten KP-Leitung aufdecken zu können. Aber erst bei der Besetzung Prags erbeuteten sie die gewünschten Unterlagen, die auch Mückenberger belasteten. Erneut ging der nun 28jährige für ein Jahr ins Gefängnis, sein einstiger Beruf rettete ihn als „unabkömmlich“ vor dem KZ. 1942 kam er dann in das Wehrmacht-Strafbatalion 1001, in dem er das Kriegsende überstand.

### ERICH MÜCKENBERGER



Später, als er Landwirtschafts-Experte der SED geworden war, fragten ihn einmal seine Genossen scherzhaft: „Du hast doch eigentlich nie etwas mit Ochsen zu tun gehabt, bevor du ins ZK kamst...?“ Sagte Mückenberger: „Nee, die einzigen Ochsen, die ich in meiner Jugend kannte, saßen damals in Prag. Die haben meine Karteikarte für die Nazis aufgehoben...“

### Mit Ulbricht wenig im Sinn

Diese Anekdote ist verbürgt, und sie hat einigen Hintergrund. Die lange Zeit in Prag wirkende Ulbricht-Gruppe hatte damals in unglaublichem Leichtsinne der Gestapo wichtigste Akten in die Hände fallen lassen. Tausende illegal arbeitender Kommunisten und Sozialdemokraten wurden daraufhin verhaftet. So hat Mückenberger mit seinem Chef Ulbricht eigentlich recht wenig im Sinn. Sobald er kann, schließt er sich anderen Mächtigen an. Heute gehört er zu den besten Freunden und Stützen Schirdewans, des Organisationschefs der Partei.

1945 aber ging er erst noch einmal in die SPD. Viele, die nach dem Zusammenbruch eindeutig auf der kommunistischen Seite standen, machten es so. Sie bildeten — wie auch Mückenberger — bei der Zwangsvereinigung dann das Zunglein an der Waage für die neue SED. Diesmal bekam er den

Kreis Chemnitz als SED-Sekretär. Gleichzeitig organisierte er dort die Blockpolitik und begann, die bürgerlichen Parteien vorsorglich ihrer späteren Verwendung zu „säubern“.

### Der Aufstieg

Mückenbergers Karriere begann 1948 mit dem Besuch eines halbjährigen Speziallehrgangs für den künftigen Parteinauwuchs an der Parteihochschule in Kleinmachnow. Unmittelbar danach wurde er 2. Landesvorsitzender der thüringischen SED, um wenig später den 1. Sekretär abzulösen. Nach der Aufteilung der alten Länder in Bezirke wurde M. 1952 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Erfurt. Hier vertrat er auch den Bezirkstag und war Vorsitzender der Ständigen Kommission für Volkspolizei und Justiz.

Am 24. Juli 1953 — die damalige 15. Tagung des ZK war die Sammlung nach der ZUK-Niederlage — wurde Mückenberger ins Zentralkomitee geholt. Er, der zeitweilen nie etwas von Landwirtschaft verstanden hatte, wurde der Agrarpolitiker der SED. Gleichzeitig wurde er Kandidat des Politbüros.

### Ein undankbarer Posten

Glücklich, das gibt Mückenberger heute zu, ist er auf diesem Posten nicht geworden. Die bereits vor dem Juni-Aufstand festgefahrene SED-Bauernpolitik ließ sich auch durch Mückenberger nicht mehr revidieren. Das System hatte die Kollektivierung begonnen und mußte sie — von Fall zu Fall auch wider die bessere Einsicht — zu Ende führen.

Längst hat Mückenberger eingesehen, daß es bei der Kollektivierung um mehr Für und Wider geht als bei der Auflösung eines „Kleingärtner-Vereins“. Aber als Vertreter jener Institution, die das Ganze begonnen hat, kann er nicht gegen die alten Fehler an; sondern muß ihnen neue hinzufügen. Selbst, wenn man ihm dies eines Tages zur Last legen wollte.

## Wie geht es weiter auf dem Lande?

Auch die SED hat einen „Grünen Plan“ — aber ...

Der „Grüne Plan“ der Bundesregierung steht in diesen Tagen im Mittelpunkt heftiger Angriffe der SED. Wer sich in der Sowjetzone mit diesem Plan beschäftigen will, wird dabei zu wesentlich anderen Schlußfolgerungen kommen als die SED. Darum aber geht es gar nicht: Die Kampagne der SED ist ein großangelegtes Ablenkungsmanöver, mit dem jene Pläne verschleiert werden sollen, die das Sowjetzonenregime in der mitteleuropäischen Landwirtschaft realisieren möchte. Bisher hörte man in den letzten Monaten die widersprechendsten Meldungen darüber. Die einen reden vom „Kollektivierungs-Stopp“, die anderen von einer „Verschärfung der Landwirtschaftspolitik“. Der Bauer, dem es angeht, beginnt unruhig und unsicher zu werden. Versuchen wir eine Antwort zu geben auf die Frage: Was wird geschehen?

Wer die letzten Berichte über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes von 1956 in der Zeitung las, weiß, daß die Hektarerträge in fast allen Sparten zurückgegangen sind. Mangelnde Pflegearbeiten und akuter Mangel an Düngemitteln waren daran ebenso schuld wie verschiedene Kollektivierungsexperimente der letzten Jahre, die zum Teil erst jetzt ihre bösen Folgen zeitigen.

### Die Sache mit den LPG

Man hat in den letzten Wochen zum Teil irreführende Nachrichten über die Auflösung verschiedener LPG und die Neueinstufung der drei LPG-Klassen gehört. Der wahre Sachverhalt ist anders. Die SED denkt überhaupt nicht daran, die Kollektivierung gänzlich abzustopfen oder gar rückgängig zu machen. Sie will nur das Tempo dieser Maßnahmen den örtlichen und ökonomischen Gegebenheiten anpassen. Längst ist man auch in der Sowjetunion von jenem Stalinschen Drang nach einer „Bodenvergesellschaftung um jeden Preis“ theoretisch abgekommen. Die Russen haben ihre Zwangskollektivierung in den zwanziger Jahren mit zu großen Menschenopfern und Hungerkatastrophen bezahlt, als daß ein halbwegs normaler Mensch diese Experimente wiederholt wissen möchte. Nur — Ulbricht beispielsweise hatte geglaubt, er könne in einem Anlauf etwa die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche kollektivieren. Er ist bereits beim Spurt aus der Bahn gekommen! Heute — trotz verstaatlichter Güter und LPG — befinden sich noch immer rund 70 Prozent der Ackerfläche Mitteld Deutschlands

in Einzelbewirtschaftung. Die SED will 20 Prozent davon noch im Laufe dieses 5-Jahresplanes — also bis 1960 — „vergesellschaften“. Das heißt: Die Entseignung, die mit sanftem Zwang geförderte Kollektivierung, steht nach wie vor als Punkt 1 auf der Tagesordnung der Agrarpolitik.

Nun ist das aber mit den LPG eine Sache für sich. Für die Stufe 1 läßt sich der Bauer, wenn ihm das Messer am Krangeln sitzt, notfalls noch gewinnen. An der Stufe 2 ist er bereits nicht mehr interessiert. Da hört er auf, Bauer zu sein. Er betrachtet sich selbst als staatlich angestellten Tagelöhner und — entsprechend muß seine Arbeitsauffassung sein.

Die SED hat dies zu spät eingesehen. Sie hat die alarmierenden Berichte ländlicher SED-Leitungen lange Zeit als „übertrieben“ betrachtet. Jetzt erkennt sie plötzlich, daß in den Jahren 1955—1956 mehr als 20 000 landwirtschaftliche Fachkräfte den Acker verlassen haben, den sie bebauen sollten. Ungeachtet der Flüchtlinge, die nach dem Westen gingen. Zu spät kommen Verordnungen wie jene, die es den Betrieben verbietet, Arbeiter bäuerlicher Abstammung zu beschäftigen.

In dieser Situation hat die SED folgendes ins Auge gefaßt: Sie will die Stufe 3 der LPG abschaffen, um diese nicht länger als Abschreckung für den Eintritt in die LPG überhaupt angesehen zu wissen. Sie will ferner den bäuerlichen Privatbetrieben eine solche Kleinmechanisierung zugestehen, die sich bei späterem Zusammen-

## SSD, erhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

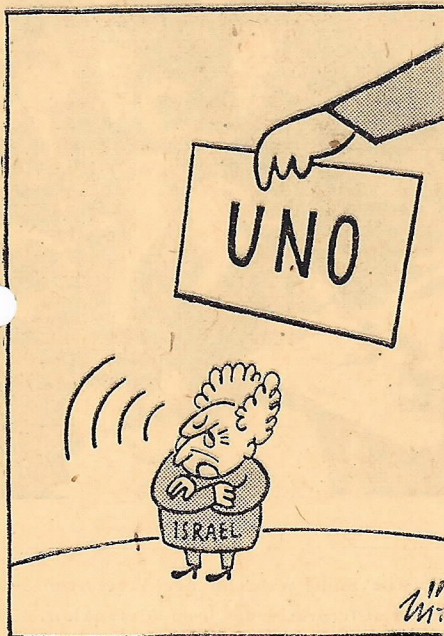
Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.  
Druck: W. Büxenstein, GmbH.

Käme er in die Stufe 3, die ihm keinerlei privates Interesse mehr zugesteht, wäre er absolut gleichgültig geworden. Nichts verbindet ihn mehr mit dem Land, das er bebauen soll. Ebensogut kann er auch in die Fabrik gehen, wo er mehr und leichter verdient.

## Die Landflucht nimmt zu

schluß dieser Betriebe zu LPG als Grundstock einer neuen MTS-Type verwenden läßt. Das heißt: Der Traktor, den der Einzelbauer jetzt auf der Leipziger Messe kaufen darf, ist bereits für jene MTS eingepflanzt, von der er später als Kollektivbauer bedient werden soll. Nicht, daß man ihm dann diesen Traktor wieder enteignen will. Aber er kommt, gegen „Miete“, in den „großen Topf“. Einen finanziellen Verlust erleidet der Bauer also auf jeden Fall.

Nimmt man die positive Seite, kann man sagen: Die SED war noch nie so auf den Einzelbauer angewiesen wie in diesem und — vermutlich auch in den kommenden Jahren. Aber: Sie wird jede ökonomische Verbesserung ausnutzen, um die als Endziel geplante Gesamtkollektivierung voranzutreiben.



„Wir betonen die zweite Silbe“

Ferien am Comer See  
mit direkter Leitung nach Bonn

## Moskau und die Bundeswahl

Fortsetzung von Seite 2

dringlichste davor, solchen Überlegungen und Spekulationen im Wahlkampf auch nur im geringsten Raum zu geben. Es wäre geradezu ein Unglück für die deutsche Politik — ganz gleich, wer nach den Wahlen regiert —, wenn die beiden großen Parteien sich die gegensätzliche Deutung des sowjetischen Interesses gegenseitig an den Kopf werfen wollten. Sie sollten wirklich nicht in die Fußangeln treten, die ihnen Moskau legt. Die Sowjets sähen es nämlich am liebsten, wenn beide sich gegenseitig durch einen erbarmungslosen Wahlkampf in Mißkredit bringen würden. Sie werden alles Mögliche unternehmen, um auf diese Weise aus dem deutschen Wahlkampf für die Methoden

und Ziele ihrer eigenen Deutschlandpolitik einen etwas schmutzigen Nutzen zu ziehen.

Wenn man ihren propagandistischen Einmischungen auf den Grund geht, dann wird man sie mit Sicherheit in der Tatsache begründet sehen, daß die Sowjets heute die Wiedervereinigung nicht wollen oder doch nur unter Bedingungen, die wir einfach nicht annehmen können. Ob der Kreml

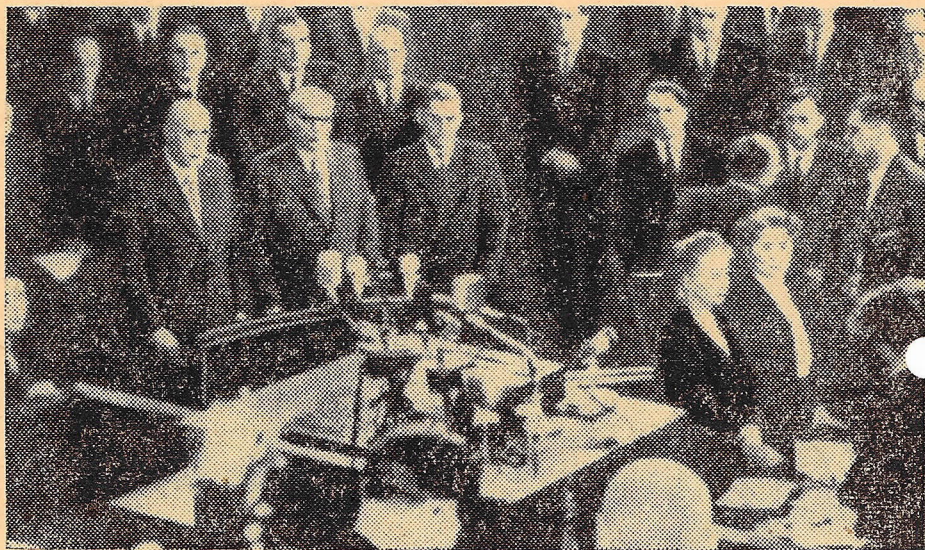
Adenauer formalfreundliche Briefe schickt, oder ob er Ollenhauer politische Avancen macht: für beide und für uns alle sollte das ein Grund sein, ihm auf das äußerste zu mißtrauen. Wir sollten uns gegen solche Versuche gemeinsam wehren und uns nicht um den armseligen Brocken streiten, den Moskau den deutschen Wählern hinwirft. Das sollte das oberste, von allen streng beachtete Gesetz unseres Wahlkampfes sein.

## Heuss geht es besser

**Leichte Lungenentzündung — Amtsgeschäfte weitergeführt**

Berlin (AP/DPA). Das Befinden des Bundespräsidenten Theodor Heuss, der, wie gemeldet, an einer leichten Lungenentzündung erkrankt ist, hat sich weiter gebessert.

Der Bundespräsident übt nach wie vor einen Teil seiner Amtsgeschäfte aus. Genesungswünsche trafen auch von dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Mellies im Namen seiner Partei ein.



**BILDER DER WOCHE:** Oben: Der neue polnische Sejm während der Vereidigungszeremonie. Links vorn in der ersten Reihe: Ministerpräsident Josef Cyrankiewicz, neben ihm Parteisekretär Wladislaw Gomulka. — Unten: Nordpolroute Kopenhagen—Tokio eröffnet. Die „Guttorm-Viking“ auf der Rollbahn in Kastrup vor dem Start.

